

Nein zu militärischen und zivilen Zwangsdiensten!

Keine Reaktivierung, sondern Abschaffung der sogenannten Wehrpflicht!

2011 ist in Deutschland die sogenannte Wehrpflicht ausgesetzt worden. Seitdem ist niemand mehr in Kasernen und Gefängnissen eingesperrt oder zu Musterungen, Gewissensprüfungen oder Ersatzdienst gezwungen worden. Die AfD und Teile der CDU wünschen sich das schon seit Jahren zurück. Doch seit Sommer 2018 häufen sich die Rufe nach Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht, in Verbindung mit einer Dienstpflicht für Jugendliche beiderlei Geschlechts. Solche Forderungen kamen nicht nur von AfD und CDU, auch vom Enthüllungsreporter Günter Wallraff, von Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung und einer marxistischen Autorin der Wochenzeitung *Jungle World*.

Warum sage ich sogenannte Wehrpflicht? Wehrpflicht und Wehrdienst und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings führen sogenannte Wehrdienstleistende auch Angriffskriege. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Wehrdienst leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden Propagandabegriffe nicht.

Aussetzung bedeutet, dass in Deutschland Männer laut dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz weiterhin zum Kriegsdienst verpflichtet sind, dass aber zurzeit niemand zwangsweise gemustert oder einberufen wird. Zur Reaktivierung genügt eine einfache Mehrheit des Bundestags oder die Verkündung des Spannungs- und Verteidigungsfalls.

Seit Anfang der 1990er hatten immer mehr Staaten in Europa die sogenannte Wehrpflicht entweder abgeschafft oder ausgesetzt, 2011 mit großer Verspätung auch Deutschland. 2014 kehrte sich dieser Trend um. In Norwegen wurde die Zwangsrekrutierung nicht nur nicht abgeschafft, sondern auf Frauen ausgedehnt. Angesichts des Ukraine-Konflikts kehrten die Ukraine, Litauen und Georgien zum Kriegsdienstzwang zurück, 2018 auch Schweden, wo auch Frauen militärdienstpflichtig sind.

2019 begann in Frankreich als Pilotprojekt der *Service national universel*, ein Zwangsdienstmonat für Jugendliche beiderlei Geschlechts zwischen 15 und 18 mit morgendlichem Antreten zur Flaggenhissung und zum Absingen der Nationalhymne und mit militärischen Übungen.

Es wird gewaltig aufgerüstet. Dafür werden auch Menschen gebraucht. Militär und Heldentod fürs Vaterland sind aber nicht mehr gut angesehen. Deshalb wird die Forderung nach Zwangsmilitärdienst verpackt in den Ruf nach einer Dienstpflicht, die als gesellschaftlich nützlich propagiert wird.

Geschickt ist es, als Opfer der Pflichtdienste diejenigen ins Visier zu nehmen, die sich am wenigsten wehren können: Jugendliche, die kaum ermessen können, was auf sie zukommen kann. „Dienstpflicht - Ein Angriff auf die Jugend“ hieß es in der Zeitschrift *Cicero*.

Die Regierung will offensichtlich nicht zur vorherigen Massenrekrutierung zurückkehren. Schließlich wurde sie ausgesetzt, weil die Bundeswehr drastisch verkleinert und zu einer weltweit einsetzbaren

Interventionstruppe umgebaut wurde. Doch die Bundesregierung schickt in ihrem Drang nach militärischer Weltgeltung die Bundeswehr in immer mehr Kriege und nach Osteuropa, neuerdings ist auch der Pazifik im Visier des neuen deutschen Größenwahns. Gleichzeitig fällt es der Bundeswehr schwer, ihre Rekrutierungsziele zu erreichen. Die Zwangsrekrutierung wurde bewusst nur ausgesetzt, um sie jederzeit reaktivieren zu können.

Von etwaigen Zwangsdiensten in Deutschland werden Frauen kaum verschont bleiben. Das zeigt die Entwicklung in Israel, Eritrea, Nordkorea, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und Tschechien und die Debatte in Finnland und den USA.

Zu einer Massenverpflichtung ganzer Jahrgänge ist die Bundeswehr ist kurzfristig strukturell nicht in der Lage. Diskutiert wird, das schwedische Modell zu übernehmen. Dort sucht sich das Militär vier Prozent eines Jahrgangs für die Einberufung aus. Die Bundeswehr könnte also anfangs nur wenige einberufen, mit späterer Steigerung. Nebenbei könnte eine allgemeine Dienstpflicht aufgebaut werden. Es stellt sich die Frage: Warum soll überhaupt irgendein Mensch für seine Arbeit nicht adäquat bezahlt werden? Warum sollen ausgerechnet Jugendliche fast unbezahlt und in Unfreiheit arbeiten? Und das in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander geht und Menschen mit unbezahlten Praktika sowie befristeten und prekären Arbeitsplätzen konfrontiert sind. Für diejenigen, die wirklich einen Freiwilligendienst leisten möchten, gibt es vielfältige Angebote. Gerade in der Pflege sollen wegen des Personalmangels Dienstpflichtige eingesetzt werden. Der Personalmangel ist ein Resultat der miserablen Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen. Billige Zwangsdienstleistende würden Arbeitsplätze gefährden und das Lohnniveau sinken lassen. Menschen, die gepflegt werden, sollten interessiert sein, von qualifizierten und gut bezahlten Menschen versorgt werden und nicht von ungelerten Dienstverpflichteten. Der vermeintlich so soziale Zwangsdienst ist antisozial und volkswirtschaftlich unsinnig.

Zwangsdienst ist eine totalitäre Idee, passend zum sich gerade ausbreitenden Faschismus.

Zwangsdienst ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt.

Die Bundeswehr gebärdet sich als Verteidigungsarmee. Doch das war sie nie gewesen. Denn jede Armee, die Menschen zwangsrekrutiert, ist gegenüber diesen Menschen eine Angriffsarmee.

Keine Zwangsdienste, weder militärisch noch zivil!

Keine Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht!

Stattdessen Abschaffung des Kriegsdienstzwangs!

Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung!

Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern und Kriegsdienstverweigerinnen in aller Welt!

Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigerinnen, Deserteure und Deserteurinnen!

Rede von Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz für die Kundgebung gegen das Bundeswehrgelöbnis in Mainz am 12. November in Mainz 2019

Ausführlicher dazu: Gernot Lennert: **Wiederkehr der Zwangsdienste?**

In: Connection e.V. (Hrsg.): Rundbrief »KDV im Krieg«, Ausgabe September 2018, S. 17-25

www.dfg-vk-hessen.de/fileadmin/Dokumente/Hessen/2018/Wiedzwan.pdf